

Oliver Tolmein

Lob der Macht? Sackgasse

Jürgen Elsässers Beitrag über Afghanistan fünf Jahre nach der »Befreiung«, den wir im letzten Heft veröffentlichten, hat Widerspruch ausgelöst.

Veröffentlicht in: Konkret 02/95, S. 37

Als in den achtziger Jahren in KONKRET über den Einsatz der Roten Armee in Afghanistan diskutiert wurde, als Hermann L. Gremliza und der »ak« noch einer Meinung waren, war Nationalismus allenfalls ein Thema am Rand der Debatte. In der Auseinandersetzung ging es um Demokratie und die Frage, ob revolutionäre Theorie wieder Luft bekommt oder sich selbst den Hahn abdreht. So, wie Jürgen Elsässer in KONKRET 1/95 die Kontroverse aufgegriffen und rückblickend kritisiert hat, ist davon allerdings nicht mehr viel zu ahnen: Nationale Selbstbestimmung oder nicht? ist zur alles andere an den Rand drängenden Frage geworden. Elsässer hat – gemeinsam mit anderen – auch eine Antwort parat: Sie bringen einen Toast auf »die Fremdherrschaft« aus. Fatal daran ist schon, daß mit dieser Begrifflichkeit, wenngleich sie sicher vor allem provozieren soll, die Kritiker sich auf die Ebene der von ihnen Kritisierten begeben: Fremdherrschaft zu loben, verlangt zuallererst einmal, anzuerkennen, daß es ein durch besondere Eigenschaften ausgezeichnetes Kollektiv der »Fremden« gibt. Oder andersherum: Dieses zu bestreiten, bedeutet, daß das Lob in Wirklichkeit der »Herrschaft« zugedacht ist.

Der Grundgedanke von Elsässers Lobpreisung ist dabei weder neu noch falsch: »Nationale Selbstbestimmung«, der »nationale Kampf gegen Fremdherrschaft« führen in aller Regel zu keinem Gesellschaftssystem, in dem die Emanzipation des Individuums günstige Bedingungen vorfindet. Im Gegenteil: Wo im Vordergrund steht, daß es um den Erhalt, Schutz oder die Befreiung des Vaterlands geht, bestimmen am Ende meist Elend und Aggression das (Über-)Leben. So auch in Afghanistan. In der Auseinandersetzung um den Einmarsch der Sowjetunion dort und bei der Beantwortung der Frage, ob deren Abzug eine Niederlage oder eine Chance bedeutet hat, bringt uns das aber wenig weiter: Die Rote Armee ist nicht einmarschiert, um der Emanzipation der afghanischen Individuen zum Durchbruch zu verhelfen – sie hat als repressive Ordnungsmacht mit eigenen Interessen gewirkt. Was das wirkliche Ziel der Intervention gewesen ist, ist bis heute nicht bekannt – das Ergebnis war eine vorübergehende Stabilisierung des Nadschibullah-Regimes, ohne daß langfristig eine tragfähige eigene Basis hätte entwickelt werden können. Der Einmarsch hat die Lage in Afghanistan jedenfalls dynamischer beeinflußt, als es Elsässer nahelegt, wenn er einem statischen Geschichtsbild huldigt und schreibt: »Daß die Machtübernahme der Mullahs 13 Jahre aufgeschoben werden konnte ...« Der Bürgerkrieg hat sich in dieser Zeit etabliert, verschärft und Zigtausende von Toten auf beiden Seiten gefordert. Es bleibt der Spekulation überlassen, ob die Lage in Afghanistan ohne die sowjetische Intervention heute besser wäre, so wie es mir gewagt erscheint, zu behaupten, daß ein Verbleib der Invasionstruppen über 1989 hinaus dafür hätte sorgen können, daß die »halbwegs humanen Verhältnisse« überdauern.

Während Elsässer für KONKRET seinen Rückblick auf die Rote Armee/Afghanistan-Kontroverse verfaßte, sind russische Truppen in Tschetschenien einmarschiert. Hier geht es – die neunziger Jahre sind das

Jahrzehnt des wiederauflebenden Nationalismus – ganz offensichtlich um territoriale und historische Ansprüche. »Keine Tränen für Tschetschenien« kommentierte Elsässer am 11. Dezember in der »jungen Welt« die ersten Kriegshandlungen, »denn Tschetschenien ist Teil des russischen Staates, so wie Kreuzberg Teil des deutschen ist.« In den Wochen davor und danach hat Elsässer noch die Iren, Basken, Korsen und Kurden wegen ihres auf nationale Unabhängigkeit zielenden Kampfes scharf kritisiert – was an sich nicht weiter schlimm wäre, würde seine Kritik am Nationalismus nicht in einem starren Konservatismus enden. »Nationale Selbstbestimmung« wird von ihm zwar immer wieder generell abgelehnt – tatsächlich treibt ihn aber regelmäßig sein Engagement zum Erhalt der großen Nationen an den Schreibtisch, denn einleuchtenderweise machen zumeist Gruppen mit einem nationalistischen Programm mobil, die (wenigstens kulturell) repressive Verhältnisse verändern wollen).

Elsässers Bitte an die IRA, den Anschluß ans Mutterland der Rolling Stones zu propagieren, statt die völkische Einheit mit Abtreibungsgegnern anzustreben, mag man ja noch weltfremd, aber gut gemeint und rührend finden. Sein Ratschlag an die PKK, sich mit den »laizistischen Teilen des türkischen Militärs« gegen seinen Lieblingsfeind, »den« fundamentalistischen Islam (der allerdings internationalistischer ist, als es Elsässer lieb sein dürfte), zu verbünden, hat schon deutlich weniger Charme. Beide Ansinnen zeichnen sich neben ihrem stillschweigenden Einverständnis mit dem Nationalismus der herrschenden Nationen dadurch aus, daß sie die nicht unmittelbar dem Nationalismus-Paradigma zuzuordnenden gesellschaftlichen Konflikte nur instrumentell wahrnehmen. Die Rolle des Militärs und seine autoritären Optionen in der türkischen Gesellschaft werden nicht analysiert, wenn es nur als Bündnispartner gegen den von Elsässer als Quasi-Nationalismus behandelten Fundamentalismus dienen kann.

Charakteristisch für Elsässers Desinteresse an der inneren Dynamik gesellschaftlicher Konflikte ist seine in der Debatte um Tschetschenien hingerotzte Erkenntnis: »Vom Standpunkt der individuellen Emanzipation ist es vollkommen unerheblich, ob die Bewohner Tschetscheniens von einem Alkoholiker im Kreml oder von einem Mafia-Diktator in Grosny regiert werden.« Tatsächlich macht es für die Individuen einen erheblichen Unterschied, ob sie in einem Staat leben, in dem die Scharia Gesetz ist, oder in einem Staat, in dem sie der Willkür der Polizei ausgesetzt sind; ob sie ihre Muttersprache sprechen können; ob sie Einfluß auf ihre Regierung nehmen können oder dafür in den Knast wandern (wobei im Fall von Tschetschenien und Rußland die Entscheidung, welches das erträglichere autoritäre System ist, schwer zu treffen sein dürfte).

Der Antinationalismus, so wie ihn Elsässer pflegt, ist also erstens nicht antinational, sondern verkehrt die frühere Begeisterung weiter Teile der Linken für den Befreiungsnationalismus bloß in sein Gegenteil: in eine besondere Abneigung gegen den Befreiungsnationalismus. Genauso problematisch ist, daß die Kritik des Nationalismus zu einem neuen Hauptwiderspruchs-Dogma zu verflachen droht. Der neue Dualismus kennt nur »vernünftige« und »unvernünftige« Fremde, nationalistische und nicht-nationalistische Kräfte, Freund und Feind. Politikanalyse beschränkt sich so auf eine merkwürdige Mischung aus schematischen Zuordnungen und Verschwörungstheorie: Saddam Hussein, Hamas und die iranischen Mullahs (die Liste ist wohl zu verlängern) erscheinen darin nur noch als Produkte westlicher Geheimdienste – wobei

Elsässer uns eines leider nicht verrät (und da hätte es spannend werden können): wie denn das Gute im CIA vom Bösen zu trennen wäre; wie die sympathischen Fraktionen der britischen Regierung von der rassistischen Politik, die sie betreiben, losgelöst werden sollen; wie zwischen zivilisatorischen Elementen sowjetischer Politik und ihrem großrussischen (und fast durchgängig antisemitischen) Charakter unterschieden werden kann.

Die antinationale Politik, 1989/90 ein wichtiger Impuls gegen Ökonomismus und Populismus in der Linken, ist heute nach wie vor wichtig – sie gerät aber zusehends in eine Sackgasse. Die Frustration über die enorme Kraft, die nationalistische Strömungen weltweit mobilisieren können, schlägt um in ein resignatives Bekenntnis zur Konfliktlösung durch Militärintervention: Die Ruhe im Land wird angesichts der aufflackernden nationalen Auseinandersetzungen zum bevorzugten Zustand. Daß der Versuch, »Ruhe« herzustellen, die Konflikte oft eskaliert, ist ein taktischer Einwand; daß jeder emanzipatorische Prozeß damit völlig aus dem Blick gerät und revolutionäre Strategien gänzlich aufgegeben werden, ist die grundsätzliche Kritik. Das Bekenntnis zur »emanzipatorischen Alternative« zu Nationalismus und Eurochauvinismus, zum Kommunismus, gerät zur Phrase, wenn in den konkreten Auseinandersetzungen Partei für die autoritäre Konfliktlösung ergriffen wird.